



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Gender Budgeting Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme ESF+ und EFRE in Schleswig-Holstein stärker als bisher die Vorgaben der Europäischen Kommission für die Berücksichtigung von Gender Budgeting umzusetzen.

Dazu gehört

- eine Umsetzungsstrategie mit der Einführung von Zielgrößen und Kriterien für deren Umsetzung zu definieren,
- entsprechende Querschnittsziele im Steuerungsprozess zu verankern,
- fachkompetente Akteur*innen u.a. über die Begleitausschüsse einzubeziehen,
- u.a. über die Technische Hilfe Unterstützungsstrukturen zur Implementierung von Gleichstellung auf allen Ebenen zu schaffen,
- die Fachreferate und Akteur*innen im Gestaltungsprozess der Operationellen Programme und bei der Umsetzung dahingehend zu schulen,
- Beratung, Begleitung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sicherzustellen und
- Mechanismen zu schaffen, um die Umsetzung zu kontrollieren.

Begründung:

Gender Budgeting ist ein wichtiges gleichstellungspolitisches Kontrollinstrument. Die Europäische Kommission hat in der Dach-Verordnung für die EU-Förderprogramme und in den Verordnungen zum ESF+ und zum EFRE klare Vorgaben für eine gleichstellungsorientierte Umsetzung und ein entsprechendes Monitoring der

Programme gemacht. Dies wird in Schleswig-Holstein anders als in anderen Bundesländern bisher nicht ausreichend umgesetzt.

Insbesondere der ESF+ dient der Umsetzung der Säule der sozialen Rechte. Sein Hauptziel ist es, zu einem sozialeren Europa beizutragen. Dazu gehört der Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter. Die Gleichbehandlung und die Chancengleichheit von Frauen und Männern muss in allen Bereichen gewährleistet und gefördert werden. Das gilt in gleicher Weise für die Maßnahmen, die zur regionalen Entwicklung aus dem EFRE finanziert werden.

Regina Poersch
und Fraktion

Beate Raudies

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW